

Soll Sex mit Tieren strafbar sein?

RECHT Agrarministerin Aigner hält eine Bußgeldvorschrift für ausreichend. Die Grünen fordern härtere Strafen für Sodomiten

VON CHRISTIAN RATH

FREIBURG taz | Die Grünen wollen Sex mit Tieren stärker als heute unter Strafe stellen. Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) hält eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit für ausreichend. Bei einer Anhörung am Mittwochmorgen waren Experten uneinig, ob überhaupt eine Verschärfung erforderlich ist.

Einmal war „widernatürliche Unzucht“ strafbar. In einem einheitlichen Straf-Paragrafen, dem berüchtigten § 175, wurden Sex zwischen zwei Männern sowie Sex von Menschen mit Tieren (Sodomie) verboten. Erst 1935 wurden die beiden Sachverhalte getrennt: Für Sex mit Tieren führten die Nazis einen eigenen Paragrafen 175b ein. Im Zuge der allgemeinen Liberalisierung wurden 1969 sowohl schwuler Sex als auch Sodomie entkriminalisiert.

Sex mit Tieren wird derzeit nicht mehr als Problem der Un-

moral angesehen. Strafbar ist laut Tierschutzgesetz deshalb nur, wenn Tiere ohne vernünftigen Grund getötet werden oder wenn ihnen „aus Rohheit“ oder „länger anhaltende oder sich wiederholende“ erhebliche Schmerzen zugefügt werden.

Das reicht den Grünen nicht. In einem Alternativentwurf zum Tierschutzgesetz fordern sie unter anderem, dass auch die nicht

Tierpornografie ist in Deutschland strafbar, nicht aber die Sodomie selbst

erhebliche Zufügung von Schmerzen und Leid und Angst bestraft werden soll, wenn sie der „Befriedigung des Geschlechtsverkehrs“ dient und länger andauert oder sich wiederholt. Angedroht werden Geldstrafen oder Haft bis zu drei Jahren. In der Be-

gründung heißt es: „Jede Benützung von Tieren zur Befriedigung des menschlichen Sexualtriebs ist zutiefst verwerflich.“ Bereits im Juli sprach sich auch der Bundesrat für die Bestrafung von Sodomie aus.

Ministerin Aigner plant derzeit jedoch nur eine kleine Ergänzung des Tierschutzgesetzes. Unter anderem soll ab 2017 die betäubungslose Kastration von Ferkeln verboten werden. Regeln zur Sodomie sind in dem im Mai vorgelegten Gesetzentwurf noch nicht enthalten. Im August kündigte das Ministerium dann an, dass Sex mit Tieren künftig als Ordnungswidrigkeit geahndet werden soll. Dabei sollen auch „nicht erhebliche“ Verletzungen infolge solcher Praktiken sanktioniert werden.

Die Befürworter von Strafverordnungen verweisen auf eine angebliche Szene von Menschen, die sich im Internet zum Sex mit Tieren verabredete. Es geht nicht mehr um Einzeltäter wie früher,



Unbedenklich, ja offenbar sogar Glück spendend: Sex zwischen Tieren Foto: plainpicture

sondern um ein Lifestyle-Phänomen. Die Behauptung, dass es sogar „Tierbordelle“ gebe, ließ sich jedoch nicht beweisen.

In der Bundestagsanhörung begrüßte der Deutsche Tierschutzbund den Vorschlag der Grünen. Die „Würde des Tieres“ müsse auch vor Praktiken geschützt werden, bei denen eine „erhebliche“ Verletzung schwer nachzuweisen ist. Es sei abwegig, dass derzeit die Verbreitung von Tierpornografie, also die Darstel-

lung von Sex mit Tieren, strafbar sei, nicht aber Sodomie selbst. Der Tierschutzbund will deshalb jede sexuelle Handlung an und mit Tieren bestrafen.

Der Richter Thorsten Gerdes als Sachverständiger äußerte sich skeptisch. Es gebe „kein kriminalpolitisches Bedürfnis“ für die Strafbarkeit der Sodomie. Die Vorstellung einer „Tierwürde“ sei bedenklich, man dürfe „abweichendes Verhalten“ nicht „um seiner selbst willen“ bestrafen.

Tatsächlich gibt es Menschen, die sich zu Tieren sexuell hingezogen fühlen. Diese „Zoophilen“ grenzen sich von Tiersadisten ab und wollen nicht kriminalisiert werden. Die Zoophilen sehen den eigentlichen sexuellen Missbrauch in der Landwirtschaft, wo Zuchttiere mit „Elektroejakulatoren“ dazu gebracht werden, „zwangsweise abzusamen“. Dagegen will aber wiederum Agrarministerin Aigner nicht vorgehen.

Google schafft sich ab

ONLINE Der Boom ist vorbei: Klassische Suchmaschinen wachsen erstmals nicht mehr in den USA. Eine gewollte Strategie. Der einstige Apple-Chef Steve Jobs wusste schon vor Jahren, dass es so kommen würde

BERLIN taz | Suchmaschinen sind tot. Oder werden es bald sein. Das sagte sinngemäß Steve Jobs, 2010 war das, also vor etwa 50 Internetjahren. In Zeiten des mobilen Netzes würden Empfehlungen die Suche ablösen.

Der Zeitpunkt, an dem das Nutzerverhalten kippt, könnte jetzt gekommen sein: Zum ersten Mal hat das jährliche Suchvolumen in den USA abgenommen. Der Analyst Ben Schachter von Macquarie Securities spricht in einer Untersuchung von einem Rückgang um 4 Prozent. Zum Vergleich: 2005 war die Anzahl der Suchanfragen in den Staaten um 58,5 Prozent gewachsen, 2010 noch um 11,5 Prozent. Ein solches Wachstum ist zwar kaum mehr zu erwarten, da mittlerweile 78 Prozent der erwachsenen US-Amerikaner das Internet nutzen. Stabil bleiben müsste das Suchvolumen dennoch.

Es gibt andere Trends, die den Rückgang erklären – denn das Informationsbedürfnis ist ungeboren. Die rückläufigen Suchzahlen beim klassischen Googeln werden mehr als ausgeglichen durch einen exorbitanten Zuwachs bei sprachgesteuerten Suchfunktionen und mobilen Anfragen. Doch viele große Netzwerke arbeiten daran, die Wissensbegier ihrer Klientel möglichst zu beschneiden, weil sie den eigenen Interessen im Wege steht. Die mit beschissen noch wohl-

wollend umschriebenen Suchfunktionen in sozialen Netzwerken sind dafür das sprechendste Beispiel. Auch Google selbst sucht nicht mehr objektiv, sondern wertet die Userempfehlungen seines sozialen Netzwerks Google Plus aus. Der Anspruch, ein Schaubild des online verfügbaren Weltwissens zu sein, geht damit verloren. In einem Interview auf Techcrunch.com sagte Google-Suchmaschinenchef Jack Kentzel. Ziel sei es, dass der Nutzer nicht mehr lernen müsse zu suchen: die Suchfunktion müsse „wie ein bester Freund sein, dialogorientiert und simpel“. Wenn Google sich immer mehr an sozialen Parametern orientiert, bedeutet das ein Ende der Suche?

Nein, denn die vorherigen Kriterien wa-

Nicht mehr so im Trend: Suchmaschinen F.: reuters



Im Sturm

KRISE Bundesregierung senkt Prognose für Wirtschaftswachstum. Schwächeln auch in Asien

BERLIN dapt | Die Eurokrise schwächt die Wirtschaft in Deutschland stärker als erwartet. Die Bundesregierung geht in ihrer am Mittwoch vorgestellten Herbstprognose von einem Wachstum von 1,0 Prozent für nächstes Jahr aus. „Deutschland durchquert stürmische Gewässer angesichts der europäischen Staatsschuldenkrise und der konjunkturellen Abschwächung von Schwellenländern“, sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in Berlin.

Noch im Frühjahr hatte die Regierung 1,6 Prozent Wachstum für 2013 erwartet. Für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 0,8 Prozent. Noch im Frühjahr war sie vorsichtiger. Damals hatte sie einen Anstieg von 0,7 Prozent prognostiziert.

„Für das Winterhalbjahr müssen wir mit einer merklich geringeren konjunkturellen Dynamik rechnen“, warnte Rösler. Neben der Eurokrise habe auch eine

konjunkturelle Abschwächung in ansonsten wachstumsstarken Schwellenländern in Asien und Lateinamerika die Wirtschaft getroffen. In der Folge hielten sich die Unternehmen „seit einiger Zeit bei Investitionen zurück“, erklärte Rösler. Es sei wichtig, verlorenes Vertrauen bei den Unternehmen wieder zurückzugewinnen.

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt sind jedoch stabil. So rechnet die Bundesregierung mit einer leichten Abnahme der Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2012 auf rund 2,9 Millionen. Im kommenden Jahr soll die Zahl der Arbeitslosen in etwa konstant bleiben.

Die Bundesregierung rechnet zudem mit einem weiteren Anstieg der Reallöhne. Vieles spreche dafür, dass im nächsten Jahr die Weltwirtschaft wieder an Schwung gewinne, sagte Rösler. „Dann dürfte auch in Deutschland die konjunkturelle Dynamik wieder anziehen.“



DAS NEUE HEFT JETZT AM KIOSK!

Jetzt
abonnieren

HITZSCHLAG

DIE KLIMAPOLITIK LIEGT IM KOMA.
DAS 2-GRAD-ZIEL IST LÄNGST EINE ILLUSION.

zeo, erscheint viermal im Jahr.
Ein Jahresabo kostet 22 Euro, eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.
www.zeozwei.taz.de | zeo2abo@taz.de | T (0 30) 2 59 02-200